



DEMografische Postille

Newsletter der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

Wir in Hessen

SPD

Demografischer Wandel – Herausforderung an die Landespolitik

(ce) „Wir werden älter, bunter und weniger“ - Diese griffige Formel umschreibt den demografischen Wandel sehr treffend.

Unsere Gesellschaft wird älter, weil der Anteil der älteren Menschen in den letzten Jahrzehnten gestiegen ist und der Trend sich auch in Zukunft noch fortsetzt.

Wir werden bunter: Seit fünf Jahrzehnten kommen Menschen aus anderen Ländern zu uns und sind Teil unseres Lebens, unserer Arbeitswelt und Kultur. Außerdem haben sich viele neue Lebensformen wie junge und alte Singles, Patchwork-Familien, Alleinerziehende u.a. entwickelt.

Schließlich werden wir weniger: Leben heute rund 80 Mio. Menschen in unserem Land, so dürfte sich die Zahl im Jahre 2050 bei voraussichtlich 75 Mio. einpendeln.

Herausforderung Demografischer Wandel in Hessen

Um seiner Verantwortung frühzeitig gerecht zu werden, hat der Hessische Landtag mit den Stimmen aller Fraktionen im Juli 2003 die Enquetekommission „Demografischer Wandel in Hessen - Herausforderung an die Landespolitik“ ins Leben gerufen. Diese beschäftigt sich mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Kommunal- und Landespolitik und erarbeitet grundlegende Handlungsansätze.

Den demografischen Wandel sozial gestalten

Bei der Gestaltung des demografischen Wandels steht für uns Sozialdemokraten die Sicherung gleicher Lebensbedingungen in allen Regionen Hessens und eine an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Sozial-, Finanz- und Strukturpolitik an erster Stelle. Dazu gehören:

- Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- nachhaltige Integration von Migrantinnen und Migranten
- bedarfsgerechte Versorgungsstrukturen für ältere Mitbürger
- Sicherung der staatlichen Infrastruktur für den ländlichen Raum
- Beschäftigungschancen älterer Mitarbeiter in Unternehmen und Verwaltungen fördern

Unser Team in der Enquetekommission



„Der demografische Wandel eignet sich nicht als Argument zum Abbau sozialer Sicherung; im Gegenteil: Unsere solidarischen Sicherungssysteme haben sich bewährt. Sie zu erhalten und den demografischen Veränderungen anzupassen, z.B. durch die Bürgerversicherung im Bereich der Gesundheitsvorsorge, ist eine zentrale Aufgabe der kommenden Jahre.“

Dr. Thomas Spies (MdL),
Obmann der SPD-Landtagsfraktion in der Enquetekommission Demografischer Wandel



„Reichhaltige Bildungsangebote und lebenslanges Lernen sind ein zentraler Schlüssel, die demografischen Veränderungen positiv zu gestalten. In einer sich wandelnden Gesellschaft ist eine gute Aus- und Weiterbildung Voraussetzung für die Beschäftigungschancen in allen Altersgruppen, besonders aber auch für zunehmend ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.“

Michael Siebel (MdL),
Mitglied in der Enquetekommission Demografischer Wandel



„Wenn wir in den kommenden Jahrzehnten einer Überalterung der Gesellschaft entgegenwirken wollen, gibt es zwei wichtige Handlungsfelder: Die Schaffung einer familien- und kinderfreundlichen Gesellschaft und die Anerkennung und positive Gestaltung der Zuwanderung. Der soziale Zusammenhalt ist das wichtigste Fundament für die Bewältigung des demografischen Wandels.“

Sabine Waschke (MdL),
Mitglied in der Enquetekommission Demografischer Wandel

Von der sozialdemokratischen Fraktion gehören der Enquetekommission als stellvertretende Mitglieder an:

Marco Pighetti (MdL), Wiesbaden
Michael Reuter (MdL), Odenwald
Silke Tesch (MdL), Marburg-Biedenkopf

Demografischer Wandel? - Nichts Neues!

(bk) **Einschnitte in das soziale Netz werden zu Unrecht häufig mit dem demografischen Wandel und dem steigenden Anteil der älteren Menschen begründet.**

Es klingt zunächst plausibel: Heute stehen etwa vier Erwerbsfähige einem älteren Menschen im Ruhestand gegenüber. In 50 Jahren wird das Verhältnis 2:1 betragen. Daraus folgern Einige, dass vor allem das Rentensystem zurechtgestutzt werden müsse, um die jungen Menschen nicht zu überfordern.

Gesellschaftliche Alterung findet schon seit fast 150 Jahre statt

Es wird häufig übersehen, dass der demografische Wandel nichts Neues darstellt. Im Gegenteil: Seit etwa 150 Jahren findet dieser langfristige Alterungsprozess in vielen Ländern statt.

In Deutschland kamen im Jahre 1871 auf einen Menschen über 65 Jahren rund 13 Menschen im erwerbsfähigen Alter. Im Jahre 2000 betrug dieses Verhältnis etwa 1:4. Dies zeigt, dass wir in den zurückliegenden 130 Jahren schon einen erheblichen demografischen Wandel bewältigt haben.

Aufbau eines vorbildlichen Sozialstaates während des demografischen Wandels

In den zurückliegenden Jahrzehnten ist es in Deutschland gelungen, ein vorbildliches Sozialsystem aufzubauen. Das dies in einer Zeit erheblicher Alterung gelungen ist, verdanken wir hohen Produktivitätszuwachsen und einer Finanz- und Wirtschaftspolitik, die eine hohe Beschäftigung erzielte. Auch wenn unsere Gesellschaft heute wesentlich älter ist als vor 130 Jahren, so geht es uns in materieller Hinsicht sehr viel besser.

Durch die hohen Produktivitätszuwächse konnte in Deutschland mit immer weniger Arbeitsstunden ein höheres Bruttoinlandsprodukt erwirtschaftet werden. Produktivitätszuwächse werden durch den technischen Fortschritt, insbesondere Mechanisierung und Automatisierung, erzielt.

Somit spielt die Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft bei der Bewältigung des demografischen Wandels eine zentrale Rolle. Dreh- und Angelpunkt ist hierbei der Ausbildungsstand der Bevölkerung. Daher muss auch vermehrt in Bildung, Aus-

bildung und Forschung investiert werden

Sozialstaat ist durch andere Faktoren unter Druck geraten

Unser Sozialstaat ist in den letzten 15 Jahren durch eine Vielzahl von Entwicklungen unter Druck geraten, die nichts mit dem demografischen Veränderungen zu tun hatten:

Erhebliche Ausfälle der lohngebundenen Beiträge durch eine sinkende Lohnquote, eine hohe Arbeitslosigkeit, Aufbürdung von versicherungsfremden Leistungen im Zuge der deutschen Wiedervereinigung und bestehende Strukturprobleme z.B. im Gesundheitswesen. Die sozialdemokratische Antwort für diese Probleme des deutschen Sozialstaates ist die Bürgerversicherung. Denn in ihr werden alle Einkunftsarten und alle Einkommensbezieher zur solidarischen Finanzierung unseres Gemeinwesens herangezogen.

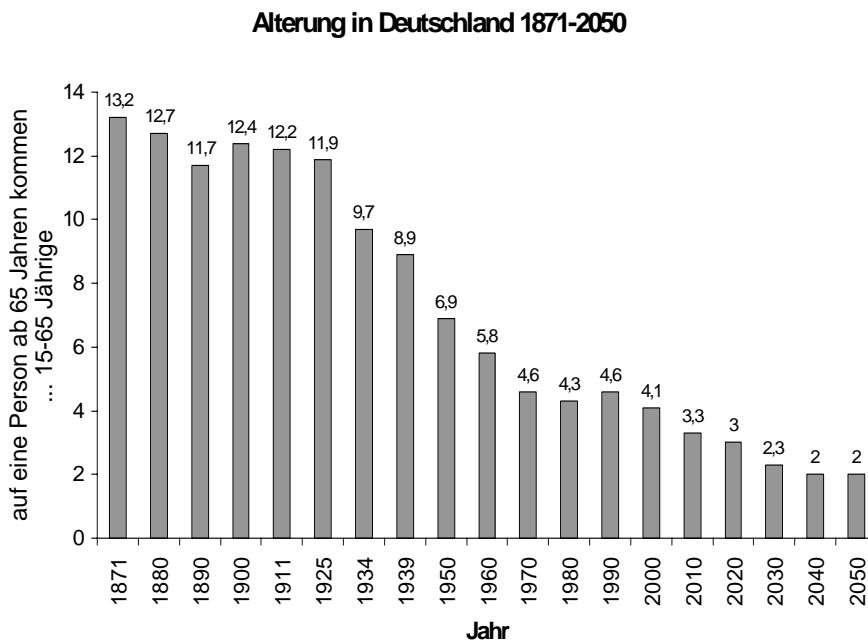
Fazit: Der demografische Wandel ist nichts Neues. Er darf nicht zum Abbau von Arbeitnehmerrechten und sozialen Errungenschaften missbraucht werden. Eine dynamische Volkswirtschaft mit hohen Bildungsinvestitionen und einem starken Innovationspotential meistert den demografischen Wandel in sozialer Verantwortung.

Literatur: ver.di, Mythos Demografie, Berlin 2003
http://wipo.verdi.de/broschueren/mythos_demografie

Termine und Veranstaltungen

08.02.2006: Anhörung im Hessischen Landtag zum Thema Folgen der Demografie für „Verkehr, Umwelt und Wirtschaft“

15.03.2006: Sitzung der Enquetekommission „Demografischer Wandel“, im Hessischen Landtag



Alterung in Deutschland - 1870 bis 2050

Quelle: ver.di (2003), S. 8

Kosten der Migration — Mythen und Fakten

(bk) Überraschendes Ergebnis der meisten wissenschaftlichen Studien: ohne Zuwanderer wären Staat und Sozialversicherung in größeren wirtschaftlichen Problemen.

Während eine kleine Minderheit von Migrationsforschern behauptet, dass die nach Deutschland kommenden Menschen gleichsam in die soziale Systeme einwandern und die Zuwanderung den deutschen Sozialstaat netto belasten würde, belegen wissenschaftliche Untersuchungen das Gegenteil.

Eine Studie des Rheinisch-Westfälischen-Instituts (RWI) aus dem Jahre 2004 zeigt auf, dass die meisten in den 90er Jahren vorgelegten Analysen der negativen Einschätzung widersprechen. Auch die RWI-Studie gelangt zu einer positiven Bewertung der fiskalischen Kosten der Migration, wie die neben stehende Tabelle darlegt.

RWI-Studie: Zuwanderer entlasten die Einheimischen

Das RWI - wie die meisten anderen Institute - berechnet die Kosten, die durch die Migranten entstehen (Kosten für Sozialhilfe, Sprachkurse, Kindergartenplätze etc.), und stellt diesen die staatlichen Einnahmen durch die Migration gegenüber.

Dabei kommt das RWI in seinen Berechnungen zu einem interessanten Ergebnis: Die Einheimischen werden durch die Zuwanderung nach Deutschland pro Jahr um 1 % des Sozialprodukts bzw. 20 Mrd. Euro entlastet!

Die Berechnungen haben für das Jahr 1997 ergeben, dass ein Zuwanderer der deutschen Staatskasse durchschnittlich ein Plus von 1778 DM (ca. 909 Euro) eingebracht hat.

Die RWI-Studie unterstreicht die Notwendigkeit einer modernen Integrations- und Zuwanderungspolitik.

Einerseits betont die Studie, dass

Fiskalische Auswirkungen der Zuwanderung pro Zuwanderer und pro Jahr in DM, Westdeutschland 1997, nach Berechnungen des RWI-Instituts

	Zuwanderer Aufenthaltsdauer in Jahren			
	0-10	10 bis 25	25+	Insgesamt
Bilanz				
Gesetzl. Krankenvers.	-1153	-84	96	-245
Gesetzl. Rentenvers.	2691	3141	4202	3512
Pflegevers.	185	228	344	269
Arbeitlosenvers.	249	424	-1015	-196
Steuerfinanz. Transfers u. Leistungen	-3323	-3108	1062	-1563
Gesamtbilanz	-1351	601	4689	1778

Quelle: eigene Darstellung auf Basis von RWI (2004), S. 21

bei den schon in Deutschland ansässigen Migranten die staatlichen Qualifizierungsmaßnahmen verstärkt werden sollten. Andererseits weist es aber auch darauf hin, dass in Zukunft die Migration stärker, als dies in der Vergangenheit der Fall war, nach den Erfordernissen des Arbeitsmarktes gesteuert werden sollte.

Unser Land braucht Migration

Bei einer Anhörung der Enquete-kommission „Demografischer Wandel“ im Hessischen Landtag Anfang September lautete das Urteil der Experten nahezu einhellig: Wir brauchen in Deutschland in den kommenden Jahren mehr Migration, denn bis 2050 wird aufgrund des demografischen Wandels der Bedarf an Fachkräften das Angebot weit übersteigen.

In Vergleich zu anderen Einwanderungsländern sind wir aber nicht attraktiv genug, weil der Migration immer noch zu wenig Akzeptanz entgegengebracht wird. Und dies, obwohl unsere Gesellschaft einen großen Gewinn aus der Migration ziehen kann, denn:

Neue Inländer stützen mit ihren Steuern und Abgaben unseren Staat und die sozialen Sicherungssysteme und ausländische Unternehmer

schaffen Arbeitsplätze. Und Verschiedenheit ist ein Qualitätsmerkmal moderner Gesellschaften. Dabei betonen die Fachleute den Wert einer stabilen eigenen Identität der Migranten und die deutsche Sprachfähigkeit als Voraussetzung von Kontaktbereitschaft.

Werben wir auf beiden Seiten für mehr Akzeptanz und Integrationswillen. Es nutzt uns allen.

Literatur:

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V., Fiskalische Kosten der Zuwanderung, Endbericht zum Forschungsvorhaben des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration, Essen 2004

Interessanter Link:

www.imis.uni-osnabrueck.de

Internetseite des „Instituts für Migrationsforschung und interkulturelle Studien an der Universität Osnabrück“

Für die Inhalte der Interseiten, auf die verwiesen wird, zeichnen allein die Betreiber verantwortlich.

Was denken die Bundesbürger über den demografischen Wandel?

(bk) Forsa-Umfrage zum demografischen Wandel

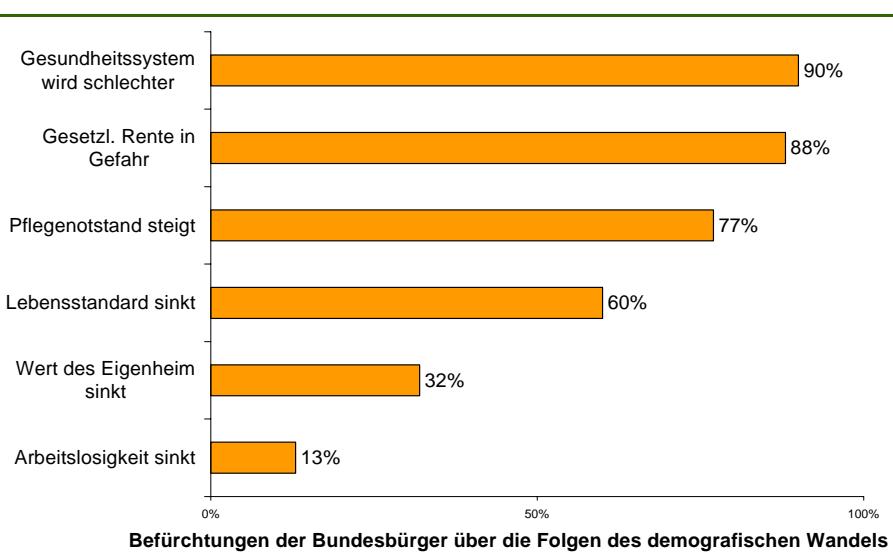
Im Jahre 2003 führte das Forsa-Institut eine Umfrage zum demografischen Wandel durch. Die Umfrage machte deutlich, welche Gedanken, Hoffnungen, Wünsche und Ängste die Bundesbürger mit dem demografischen Wandel verbinden.

Wer kennt den Begriff demografischer Wandel?

Für viele Menschen ist der Begriff „demografischer Wandel“ nach wie vor ein Fremdwort. Besonders gravierend ist die Unkenntnis bei jungen Leuten, Menschen mit einfacher Bildungsabschluss bzw. niedrigem Einkommen. Oder anders formuliert: Die Kenntnis des Begriffs demografischer Wandel steigt mit dem Alter, dem Bildungsabschluss und dem Einkommen, wie die untere Abbildung zeigt.

Welche Befürchtungen gibt es?

Die Mehrzahl der Bundesbürger erwartet, dass die staatlichen Leistungen und der Lebensstandard sinken werden, wenn der Anteil der älteren Menschen zunimmt. Dass dem so nicht sein muss, haben wir in dem Beitrag „Demografischer Wandel? - Nichts Neues!“ (S.2) ge-



Quelle: eigene Darstellung nach Forsa-Institut (2003), S. 13

zeigt. Die in der obigen Abbildung dargestellten Befürchtungen der Bundesbürger verdeutlichen den erheblichen Informationsbedarf zum demografischen Wandel.

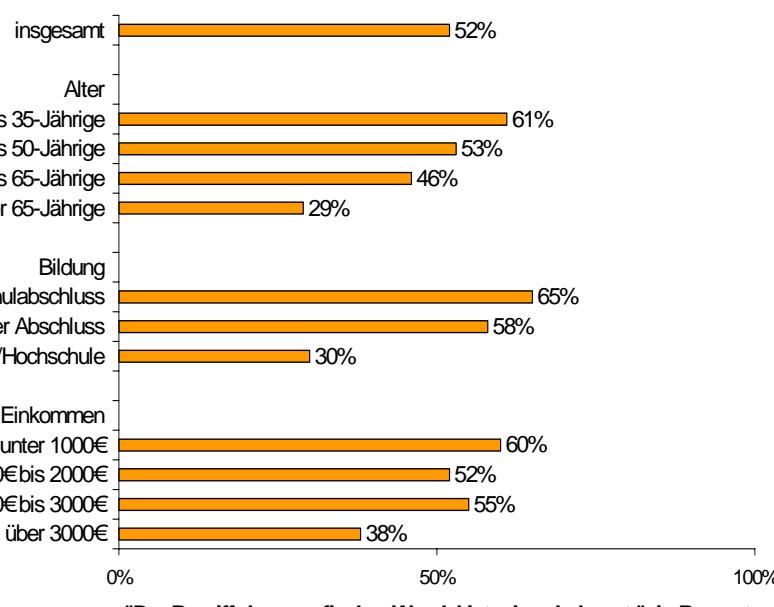
und einen konstruktiven Beitrag zu einer langfristigen Landespolitik leisten - im Interesse Hessens und seiner Bürgerinnen und Bürger. Wenn Sie Fragen und Anregungen haben, so können Sie sich gerne bei uns melden.

Information und Aufklärung dringend erforderlich

Mit der „Demografischen Postille“ möchten wir als Sozialdemokraten im Hessischen Landtag über die Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels informieren. Wir wollen Ängste abbauen

Literatur:

Kurzfassung der Ergebnisse der Umfrage des Forsa-Instituts (2003) findet sich unter: <http://www.aktion2050.de/cps/rde/xblcr/SID-0A000F0A-A3771324/aktion/forsa.pdf>



Quelle: eigene Darstellung nach Forsa-Institut (2003), S. 8

Impressum:



SPD-Fraktion im
Hessischen Landtag

Redaktion:

Thomas Spies (MdL), V.i.S.d.P.
Dr. Carmen Everts (Parl. Referentin),
Burhan Kaplan

Kontakt:

Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
c.everts@ltg.hessen.de

Foto: www.pixelquelle.de